

Bildungsreformen liessen Schule abstürzen

Umfrage-Analyse Eine breit angelegte Umfrage unter über 500 Lehrpersonen der Region präsentiert ein ernüchterndes Ergebnis. Schuld daran sind die neuen Lehrformen und Bildungsreformen, lautet das zusammenfassende Fazit.

Daniel Wahl

Alles wurde in die Wege geleitet, um die Schule für die Veränderungen in der Gesellschaft fit zu machen: neuer Lehrplan, neue Studentafel, neue Lernkonzepte wie Lernlandschaft und die Harmonisierung der Übertritte – der Wechsel nach dem sechsten Primarschuljahr in die dreijährige Sekundarschule (früher im Baselbiet 5/4, in Basel-Stadt 4/5). Der Schuss scheint deutlich nach hinten losgegangen zu sein.

Auf eine Umfrage der Starken Schule beider Basel haben 506 Lehrerinnen und Lehrer der Volksschulen und weiterführenden Schulen geantwortet. Sie mussten den Zustand vor und nach Einführung der Schulreformen kennen – also über mindestens fünf Jahre Unterrichtserfahrung verfügen –, um an der Umfrage teilnehmen zu können.

Baselbiet ist kritischer

Das Ergebnis gibt einem zu denken: Das Leistungsniveau der Schüler wird von den Lehrern im Vergleich zu vor fünf Jahren oder früher mit 63,6 Prozent als «schlechter» oder «deutlich schlechter» eingestuft. Lediglich 7,9 Prozent beurteilen die Leistung als «besser» oder «deutlich besser». Rund ein Drittel der Lehrkräfte sehen nach den vielen Reformen keinen relevanten Leistungsunterschied.

Die Baselbieter Lehrer sind kritischer als ihre Kollegen in Basel-Stadt. 70,8 Prozent beklagen den Leistungsabsturz des Schulsystems. Der Stadtkanton macht dieselbe Aussage mit 55,8 Prozent. Die Starke Schule beider Basel als Initiatorin der Umfrage erklärt sich den signifi-

kanten Unterschied damit, dass man in Basel froh sei, mit der Orientierungs- und Weiterbildungsschule von einem exotischen Schulmodell Abschied genommen zu haben. Am härtesten ins Gericht mit den Bildungsreformen gehen die Sekundarlehrer. 85,6 Prozent fin-

Die Baselbieter Lehrer sind kritischer als ihre Kollegen im Kanton Basel-Stadt.

den, das Bildungsniveau sei «schlechter» oder «deutlich schlechter» geworden.

Grundsätzlich überraschen die Umfragewerte nicht, lehnen sie sich doch an die Resultate der nationalen Überprüfung der Grundkompetenzen an den Volksschulen an, bei der beide Basel schlecht abgeschnitten haben. Das Baselbiet hat darum ein Massnahmepaket von rund 62 Millionen Franken geschnürt. Weshalb dann eine Umfrage?

«Mit der neuen Umfrage haben wir nicht nur einen Istzustand aufgenommen, sondern es ist ein Vergleich zwischen früher und heute möglich, um den Effekt der Bildungsreformen abbilden zu können», sagt Jürg Wiedemann von der Starken Schule. So konnten die Lehrerinnen und Lehrer denn auch frei formulieren, wo sie die Ursache der Schulmühsere sehen – etwas, was die Bildungsdirektion bei der Präsentation ihres Massnahmenpakets Anfang Dezember vermieden hat-



Gut 500 Lehrer und Lehrerinnen sind sich einig: Die Qualität der Schule habe abgenommen. Foto: Thomas Imo

te. Eine beachtliche Anzahl (307) Lehrpersonen haben sich nun diese Mühe gemacht und differenziert Stellung genommen.

Sechs Hauptgründe

1. Der Wechsel von fünf auf sechs Primarschuljahre. Das habe dazu geführt, dass die stärkeren und

die schwächeren Schüler weniger individuell gefördert werden könnten.

2. Die laut Lehrpersonen schlechten kompetenzorientierten Lehrmittel wie «Mille feuilles» und «Clin d'œil», wegen fehlender Grammatik und wenig strukturierten Aufbaus.

3. Die Verringerung der effektiven Unterrichtszeit, weil diese von Projektwochen, Lagern, Sondertagen wegrasiert werde.

4. Der neue Lehrplan und die damit einhergehenden Reformen.
5. Die geringere Belastbarkeit und Konzentrationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler.

6. Die geringere Unterstützung der Eltern, was zu Kompensationsmassnahmen der Schule zu Lasten der Unterrichtszeit führe.

Genau das Gegenteil erzielt

«Was uns stutzig macht und nach den individuellen Stellungnahmen der Lehrer ins Auge sticht», kommentiert Jürg Wiedemann, «ist die Kritik an den eingeleiteten Bildungsreformen.» Sie hätten Verbesserung bringen sollen, erzielten aber genau das Gegenteil – weniger Konzentration, weniger Erkennen von Zusammenhängen, nicht zuletzt, weil das Basiswissen fehle. «Das betrachten wir als Abstieg der Volksschule.» Zwischen den Zeilen der vielen Stellungnahmen dringe eines durch: «Der Umbruch bei der Unterrichtsphilosophie, die Abkehr von einem geleiteten und geführten Unterricht zu einem entdeckenden, spielerischen Lernen.» Konzentriertes Arbeiten werde von der Primarschule an immer weniger eingeübt.

Beat Lüthy, nun seit drei Jahren Leiter des Amts für Volksschulen im Baselbiet, ist nach den für ihn überraschenden Resultaten der nationalen Überprüfung der Grundkompetenzen 2019 wenig erstaunt: «Die Feedbacks der Lehrer, soweit ich das Fazit sehen konnte, decken sich weitgehend mit den Erkenntnissen unserer Analyse, bevor wir das 62-Millionen-Franken-Massnahmenpaket aufgelegt haben.» Über die Resultate der Umfrage müsse man diskutieren und die Lehrer ernst nehmen. Er sagt auch: «Das Letzte, was wir brauchen, sind neue Reformen. Vielmehr bedarf es einer Beruhigung und einer stetigen Verbesserung im derzeitigen System.»

Lausens stille Wahlen waren rechtens, aber «unschön»

Gemeinderat gerichtlich bestätigt Das Kantonsgericht weist die Beschwerde eines Stimmbürgers wegen Täuschung der Wählerinnen und Wähler ab – wenn auch mit einem unguuten Gefühl.

Richterlicher Segen für den Lausener Gemeinderat: Die stillen Wahlen vom Januar dieses Jahres wurden rechtskonform durchgeführt. Die Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht (VV) des Baselbieter Kantonsgerichts hat am Mittwoch unter dem Vorsitz von Gerichtspräsidentin Franziska Preiswerk die Beschwerde eines Lausener Stimmbürgers, der eine Neuansetzung der Gemeindewahlen verlangt hatte, mit vier gegen eine Stimme abgewiesen. Allerdings war die Abweisung von Äusserungen des Gerichts wie «unschön» oder «mit unguuten Gefühlen» begleitet.

Dass die stillen Gemeindewahlen zu Beginn dieses Jahres in Lausens alles andere als «still» über die Bühne gingen, lag am Verhalten der grössten politischen Vereinigung in der Gemeinde, der Bürgerlichen Vereinigung Lausens (BVL). Nachdem nämlich die Präsidenten der drei stärksten politischen Kräfte, BVL, SP und SVP, für die Gemeindewahlen im Februar mangels Rücktritten aus dem Gemeinderat stille Wahlen vereinbart hatten, wechselte die BVL quasi hinter dem Rücken



Den Mitgliedern des Gemeinderats könne kein Vorwurf gemacht werden, so ein Votum aus dem Kantonsgericht in Liestal. Foto: Nicole Pont

der anderen Parteien den bisherigen Gemeinderat Peter Gisin gegen Daniel Mühletaler aus. Dies, nachdem Gisin angeblich seine Partei Ende November über seinen Verzicht informiert, den Rücktritt aber erst am 23. Dezember offiziell erklärt hatte.

Unter dem Deckel gehalten

Just zum Zeitpunkt übrigens, als die Anmeldung der Kandidaten ablief. Weil die BVL die stillen

Wahlen nicht gefährden wollte, hielt man die Auswechslung des Kandidaten zuerst auch noch unter dem Deckel.

SP und SVP fühlten sich entsprechend ausgetrickst. Jedenfalls hatte sich die Gemeindekommission mit ihren Stimmen zunächst geweigert, das Wahlergebn zu erwehren. Erst nachdem eine Prüfung der Verwaltung ergeben hatte, dass formell alles richtig abgelaufen war,

wurde die stille Wahl schliesslich von der Gemeindekommission mit neun gegen fünf Stimmen bestätigt. Das politische Klima im Dorf blieb indessen gestört.

Gentleman's Agreement

Ein Stimmbürger erhob Beschwerde beim Regierungsrat, weil er eine Täuschung der Wählerinnen und Wähler sah. Der Gemeinderat, so die Ansicht des Beschwerdeführers, hätte Transparenz herstellen und die Stimmbürger informieren müssen. Die Regierung wies die Beschwerde jedoch Mitte März ab, worauf der Stimmbürger Beschwerde beim Kantonsgericht erhob.

Dieses wies nun seinerseits die Beschwerde im Stimmenverhältnis von vier zu eins ab, wobei es der Richterinnen und den vier Richtern nicht wirklich wohl bei der Sache war. Auch schien man den als Zeugen aufgebotenen BVL-Gemeinderäten, die unisono behaupteten, vom Gentleman's Agreement der Parteipräsidenten nichts gewusst zu haben, nicht hundertprozentig zu trauen. Der referierende Richter Claude Jeanneret kam indessen zum Schluss, dass es nicht Sache des

Gemeinderats, sondern der Parteipräsidenten von SP und SVP gewesen wäre, die Basis darüber zu informieren, dass die BVL ausgeschrieben sei. «Den Mitgliedern des Gemeinderats kann da kein Vorwurf gemacht werden», sagte der Referent und beantragte Abweisung der Beschwerde.

Die Mehrheit der fünfköpfigen Abteilung VV schloss sich dem Antrag an, wenn auch teilweise mit anderen Argumenten. So erklärte etwa Richter Stephan Schulthess, es sei nicht Aufgabe des Gerichts, irgendwelchen Vereinbarungen von Parteipräsidenten, die rein privatrechtlicher beziehungsweise politischer Natur seien, rechtliche Relevanz zu verleihen und sie so zu schützen.

Einzig Richter Hans Furer stellte sich hinter den Beschwerdeführer. Seiner Ansicht nach lässt sich eine Vereinbarung von drei Parteipräsidenten nicht einfach als privatrechtliche Angelegenheit abtun. Für ihn lag daher klar eine Irreführung der Stimmbürger vor. Er blieb mit dieser Meinung jedoch in der Minderheit.

Thomas Gubler

Nachrichten

Birsfelden rechnet für 2021 mit Verlust

Birsfelden Geplant war ein Überschuss von 1,9 Millionen Franken. Corona hat die Pläne der Gemeinde für das Budget 2021 jedoch komplett auf den Kopf gestellt: Gerechnet wird mit einem Verlust von 2,2 Millionen Franken. Dennoch sind keine Steuererhöhungen vorgesehen. (red)

Mimösli definitiv auf 2022 verschoben

Basel Das 30. Mimösli, das vom 8. Januar bis zum 13. Februar 2021, ohne Guggenmusik, hätte stattfinden sollen, muss aufgrund der aktuellen Corona-Situation auf 2022 verschoben werden, wie das Håbse-Theater mitteilt. (red)

Pause bei Anschaffung von Pressabfallkübeln

Basel Der Kanton Basel-Stadt legt einen Zwischenhalt bei der Anschaffung neuer solarbetriebener Pressabfallkübel ein. Man will zuerst Erfahrungen bei der Nutzung der ersten am Rheinufer installierten Behälter sammeln. Dies gab Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wesels (SP) am Mittwoch während der Budgetdebatte im Grosse Rat bekannt. (red)